

Erscheint
wöchentlich einmal
Büro (Schweiz)
Berlin
A. Heiler, Industriehalle
Königsplatz
Verkaufsstellen
Frankfurt am Main
Gemeinnützige Briefe
nach der Schweiz folgen
Tobaccoporto

Der Sozialdemokrat

Internationales Organ
der Sozialdemokratie deutscher Zunge

Abonnements
werden nur beim Verlag und
bei den bekannten Agenten ent-
gegen genommen. Preis für ein
Vierteljahr 3 Mark, für ein
Halbjahr 5 Mark, für ein
Jahr 10 Mark. (Inland)
Für die Schweiz (Ausland)
Preis 10 Mark für alle Postgebühren des
Weltpostvereins (Frankfurt).

Inserate
Die beizugebende Preiskarte
Nr. 2. — für die Schweiz (Ausland)
Nr. 3. — für Deutschland (Inland)
Nr. 4. — für die Schweiz (Ausland)
Preis 10 Mark für alle Postgebühren des
Weltpostvereins (Frankfurt).

Nr. 12. **Sonntag, 21. Dezember.** **1879.**

Advis an die Korrespondenten und Abonnenten des „Sozialdemokrat“.
Es ist die Pflicht der Korrespondenten, die Nachrichten, welche sie dem „Sozialdemokrat“ zukommen lassen, so bald als möglich zu übersenden, damit die Redaktion dieselben in der nächsten Nummer veröffentlichen kann. Die Korrespondenten sind ersucht, die Nachrichten so zu formulieren, dass sie für die Redaktion verständlich sind. Die Redaktion ist nicht verantwortlich für die Meinungen der Korrespondenten. Die Abonnenten sind ersucht, die Beiträge zu den Korrespondenzen so bald als möglich zu übersenden, damit die Redaktion dieselben in der nächsten Nummer veröffentlichen kann. Die Redaktion ist nicht verantwortlich für die Meinungen der Abonnenten.

Um den Druck der nächsten Nummer vor den Feiertagen zu ermöglichen, mußte die heutige Nummer außergewöhnlich schnell zusammengestellt werden. Dies die Ursache der mangelhaften Ausstattung der Rundschau, was wir zu berücksichtigen bitten.

Abonnements-Einladung.

Wenige Tage noch, und der „Sozialdemokrat“ hat das erste Quartal seines Bestehens hinter sich. Wir haben nicht nötig, aber die Aufgabe und die Erfolge des neuen Parteiorgans diese Worte zu machen. Die Entstehung des „Sozialdemokrat“ war eine Notwendigkeit, die sich durch die Umstände und die Interessen der Partei bedingte. Und weil der „Sozialdemokrat“ nicht einem momentanen und auf gewisse Kreise beschränkten Impuls seine Existenz und die Art seiner Existenz verdankt, sondern, wie er mit Notwendigkeit wurde, so entspricht auch seine bisherigen Erfolge durchaus unseren Erwartungen. Aus allen Theilen der sozialistischen Welt, vor Allem aber aus Deutschland, dessen Sozialisten dadurch nach einfähriger Unterbrechung wieder ein Parteiorgan erhielten, sind überaus zahlreiche Abonnementsbestellungen eingelaufen und laufen noch ununterbrochen ein. Wenn dieselben sich, wie vorausichtlich, in der bisherigen Weise weiter vorwärtreiben, und wenn namentlich der Massenbezug sich immer mehr ausdehnt, so ist die Zahl der Abonnenten, welche der „Sozialdemokrat“ die Abonnentenanzahl des früheren deutschen Parteiorgans erreicht, und dann neben seiner Hauptaufgabe den nicht minder wichtigen Zweck erfüllen wird, für die Partei eine sichere Einnahmequelle zu liefern.

Unter diesen Umständen haben wir doppelt das Recht die Pflicht, die Genossen allerwärts anzusprechen, das Parteiorgan nicht nur durch eigenes Abonnement, sondern auch durch zeitige Weiterverbreitung nach besten Kräften zu fördern und zu unterstützen. Sie fördern dadurch die Partei selbst, machen sie widerstandsfähiger und kampffähiger gegen die Feinde und geben ihr eine neue Waffe im Kampfe für des Volkes Rechte gegen seine Unterdrücker und Ausbeuter!

Man abonnirt auf den „Sozialdemokrat“ nur beim unterzeichneten Verlag und dessen bekannten Agenten in Deutschland, sowie bei den auf der vierten Seite des Blattes aufgeführten auswärtigen Filialen. Parteiorgane im deutsch-österreichischen Polizeigebiet (in welchem der „Sozialdemokrat“ bekanntlich verboten ist) wollen sich, wenn sie über die sicherste Verbindung mit uns oder über unsere Agenten in ihrer Gegend in Kenntniß sind, an bekannte Genossen im Aufschluß wenden, auf alle Fälle aber das Avis am Kopf unseres Blattes genau beachten.

Da ferner der Versandt an unsichere Besteller zur Sicherheit unseres Postverkehrs in ganz anderer Weise bewirkt werden muß, als der an Parteigenossen, so wollen uns unbekante Genossen gleich in den Bestellbriefen ihre Parteizugehörigkeit durch die Gegenzeichnung eines Vertrauensmannes bestätigen lassen; anderfalls wäre die Einholung von Informationen geboten, wodurch Zeitverluste für uns und die Besteller entstehen würden.

Der voraus einzuliefernde Abonnementspreis für den dreimonatlichen Bezug des „Sozialdemokrat“ beträgt: für die Schweiz (unter Kreuzband) 2 Franken, für Deutschland unter Couvert, unterhalb als Zeitungsendung 3 Mark, für Österreich (ebenfalls unter Couvert) 1 Gulden 70 Kreuzer, für alle andern Länder des Weltpostvereins (unter Kreuzband) 2 Franken 50 Kreuzer.

Wir ersuchen indessen, sowohl die Wieder- als Neu-Abonnements möglichst umgehend zu bewirken, da untere durch den inhematischen Briefdiebstahl und Briefverweigerung durch die österreichische Post bedingte sonstige Beförderungsart viele Zeit vermag, und deshalb bei späterer Bestellung Verzögerungen in der Zusendung unabweisbar wären.

Parteigenossen! Tut in Eurer Pflicht — wir werden die Aufgabe thun!

Verlag und Redaktion des „Sozialdemokrat“.

Die Magdeburger Reichstagswahl.

Es liegt sich voraussehen, daß das Resultat der Magdeburger Reichstagswahl unsere Gegner aller Schattierungen gewaltig erschrecken werde. Diese hochweilen Leute haben sich seit Langem in den Stunden an die Wirklichkeit des Ausnahmegesetzes bis über die Ohren veranzt, und der von der Regierung durchgeführte „Kückgang“ der Sozialdemokratie gilt ihnen als ein unangreifbares Dogma. Freilich hätten sie schon die Wahlen von Breslau und Erfurt, die sächsischen Landtagswahlen und noch manch andere Dinge — von der Eulenburg'schen „Mordthat“ der Verlängerung des Berliner Verlagerungszustandes ganz abgesehen — eines Besseren belehren können. Aber Glaubensartikel werden nicht so schnell aufgegeben, und vor Allem der Liberalismus ist ja gegen die Lehren und Schläge der Thatsachen überaus abgehärtet. Er duldet also nach kurzem Besinnen — von Nachdenken kann man diesem niedrig organisierten Geschöpf nicht wohl sprechen — voll Vertrauen auf die an seinem Lager wachende und die Geispenster verjagende Regierung ruhig und selig weiter. Um so größer war sein Erschrecken, als das geschehene so: Schreckbild am 10. Dezember plötzlich Fleisch und Blut gewann und ihm und aller Welt ein verständliches Zeichen seiner Existenz gab. Die große Stimmenzahl, welche auf den Kandidaten der Sozialdemokratie gefallen und die denselben zur engern Wahl mit dem nationalliberalen Kandidaten stellt, rief im Abgeordnetenhaus allgemeine Ueberräschung hervor und bildete in den Couloirs den Hauptgegenstand der Unterhaltung — melden die Landtagsberichterstatter. Daß diese Ueberräschung und Aufregung über diesen neuen Erfolg der von Schwachköpfen schon für halbtodt gehaltenen Sozialdemokratie aber auch in der ganzen herrschenden Klasse, bei der Regierung wie bei dem liberalen Bürgerthum keine geringere war, beweisen die Auslassungen der Bourgeoispreffe aller Parteien.

Und der Ausgang der Wahl war in der That ein Erfolg, ein neuer großer Erfolg unserer Partei! Magdeburg ist seit Langem eine Hochburg des Nationalliberalismus und noch vor zwei Jahren, also zu einer Zeit, wo sich die sozialistische Wahlagitatorin verhältnismäßig frei entfalten konnte, wo die Aritate noch nicht geübt und von etlichen Plagiaten der Sozialdemokratie in die Schuhe geschoben waren, — noch 1877 erhielt der Nationalliberalismus im ersten Wahlgang 5085 Stimmen gegen nur 2724 sozialistische, so daß also das Verhältnis der nationalliberalen Stimmen zu den sozialdemokratischen 10 zu 5 war. Und heute, nach der großen Arentats-Kochwiltshay, nach einjähriger Dauer des die Sozialdemokratie lähmenden und jede öffentliche Bewegung derselben unmöglich machenden Ausnahmegesetzes, ohne jede öffentliche Agitation, ohne Presse, ohne Versammlungen, ohne zahlreiche Flugblätter, ohne Wahlaufrufe, ja selbst ohne öffentliche Nominierung des Kandidaten, ist die Zahl der sozialdemokratischen Wähler so bedeutend gewachsen, daß unsere Stimmen zu denen der Nationalliberalen kaum mehr wie 9 zu 10 stehen, indem wir sofort im ersten Wahlgang 4721 Stimmen gegen 5149 nationalliberale errangen!

Wohl ist gegen voriges Jahr auch die Zahl der sozialdemokratischen Stimmen zurückgegangen, da sie damals 6253 betrug, allein auch die der Liberalen ging ebenso zurück, indem die damals vereint wählenden Nationalliberalen und Fortschrittler 1878 12.173 Stimmen auf sich vereinigten, während sie heute nur 9167 Stimmen zählen. Die Abnahme der Stimmenzahl betrachte hiernach sowohl bei uns als bei den gegnerischen Parteien etwa ein Viertel. Diese Thatsache erklärt sich leicht aus der außerordentlich großen Wahlbetheiligung im vorigen Jahre, wo nach der Auflösung des Reichstages eine gewaltige Aufregung herrschte und man vor einer weittragenden Entscheidung stand, einerseits und der durch die, auf die frühere Erregung folgende Aufregung der „Konservativen Zug“ der Zeit und namentlich durch die Mundtodtmachung der Sozialdemokratie bewirkten politischen Unthätigkeit und Gleichgültigkeit andererseits.

Trotz aller dieser und der schon oben charakterisirten Hindernisse einer freien Wahl, trotzdem aber auch noch der wirtschaftlichen Einflüsse des Kapitalismus in ausgiebiger Weise, namentlich durch Drohung mit Arbeitsentziehung etc. gegen eine sozialdemokratische Wahl ins Feld geführt worden ist, trotzdem Wind und Sonne so ungleich als möglich vertheilt waren und unser Kampf dem gegenüber einem mit allen Schutts und Trugmitteln der neuesten Waffentechnik ausgerüsteten lediglich auf seine ursprüngliche Kraft angewiesenen und kaum mit den ursprünglichen Verteidigungsmitteln reichenden gleich: trotz alledem haben wir unsere alte Position glänzend behauptet! Es ist dies unter solchen Umständen ein bedeutender und bedeutamer Erfolg, was auch von den Gegnern, wenn auch widerstrebend, anerkannt werden muß. Wie ruhmvoll die Sozialdemokratie den Platz behauptet, ja unter den schwierigsten Verhältnissen

Unsere hiesigen wöchentliche Ausgabe in letzter Nummer — 4537 sozialistische und 4173 nationalliberale Stimmen — war angenehm und erst die provisorische Bekräftigung.

ihren weitest reichend in die Reihen des Gegners vorgezogen und wie groß die schmachliche Niederlage der Nationalliberalen ist, schildert in anerkenntendwerth aufschüttiger Weise die fortschrittliche Berliner „Volkszeitung“. Wenn auch die Zahl der nationalliberalen Stimmen gegen 1877 einen kleinen Zuwachs aufweist, so ist doch ihr relativer Rückgang geradezu überräuschend: während der Partei 1877 nur wenige Stimmen an der absoluten Majorität fehlten, während sie also allein fast so viel Stimmen auf ihren Kandidaten vereinigte, als alle anderen zusammen, sind die beiden vorkämpfenden Parteien, die Fortschrittspartei und die Sozialdemokratie, diesmal mit fast der gleichen Stimmenzahl aufgetreten, und wir dürfen wohl annehmen, daß ohne den Druck des Ausnahmegesetzes die Sozialdemokratie die relative Majorität errungen haben würde.

Die Niederlage der Nationalliberalen ist eine große, obgleich sich die Leute an Niederlagen und Siege nachgerade einigermassen gewöhnt haben könnten. Ihre Furcht ist aber um so größer, als sie durchaus nicht sicher sind, ob die Stichwahl günstiger für sie ausfallen und nicht zum guten Ende ihre Hochburg nach definitiv dem schrecklichen Sozialdemokraten in die Hände fallen werde. Die Nationalliberalen haben sich nämlich da, wo sie angeblich die Mehrheit hatten, namentlich auch in letzterer Zeit, so übermüthig und prozig gegen die sehr wieder geträumte und gleichmüthige Schwesterpartei des Fortschritts benommen, daß letztere jetzt wenig Lust zeigt, den nun in die Tinte Gerathenen eiligst beizuspringen. Insbesondere hat der Nationalliberalismus bei dem Fortschritt die Breslauer Wahl auf dem Korbholz. Als die Nationalliberalen bei der letzten Reichstagswahl um die Stimmen des Fortschritts warben, sagte der letztere unter der Bedingung zu, daß die Nationalliberalen ihm als Gegendienst einen Sitz im Abgeordnetenhaus überließen. Als aber die letzteren ihren Antrag mit Hufe der Fortschrittler durchgebracht hätten, verzögerten sie auf ihr Versprechen und bröchen als es darauf ankam, in Breslau ihr Wort in gewohnter Weise, um auch diesen Gewinn einzulassen.

Daß sich die Fortschrittler unter solchen Umständen nicht so ohne Weiteres auf ein abermaliges Bündniß mit dieser Vorkämpferpartei einlassen wollen, ist leicht erklärlich. Sie haben sich demnach von Anfang an freie Hand vorbehalten, um den edlen Nationalliberalen, eventualiter einen Denkeitel zu ertheilen, um nicht den Festschungsprozess der Partei der Mitte dadurch anzufachen, daß man sich bei der Stichwahl für Herrn von Bennigsen's harnochliche Leibpartei engagirt, die uns seit Jahren nichts als Uebles gekostet hat und die auch jetzt wieder im Abgeordnetenhaus den letzten Anstrich von Liberalismus abstreift. Ja, das fortschrittliche Hauptorgan, die Berliner „Volkszeitung“ plärrt geradezu darauf, daß man die Suppe, die sich die „Männer der Ehonen“ Lage von Kranzner“ eingebrodert, sie auch allein ausschöpfeln lassen. — d. h. Wahlenthaltung.

Natürlich herrscht darüber große Entrüstung und grimmtige Wuth bei den staatsbehaltenden Elementen, nicht minder aber Heulen und Zähneklappern bei den armen Magdeburger Nationalliberalen. Während diese sonst auf die fortschrittliche Schwesterpartei nicht genug schimpfen können, bequemen sie sich jetzt zum Abbitzen und finden plötzlich, daß, was die beiden Parteien trennte, nicht von allzu großem Belang sei, daß die beiden Kandidaten ja fast auf demselben Standpunkt stehen und daß, was zusammengehört, sich zusammenfinden soll. Besonders die „Magdeburger Zeitung“ fetzt Himmel und Hölle in Bewegung, um das ihr Unschöne einer weiten, entscheidenden Niederlage abzuwenden. All die schönen Wahlphrasen, die sich schon so oft als zugkräftige Leitmotive für politische Gimpel erwiesen haben: der Kampf mit den erbitterten Feinden der Gesellschaft, der Kampf um Besitz und Freiheit, um Ehe und Familie, der Kampf um die höchsten Güter dieser Erde und zugleich um die höchsten geistigen und sittlichen Beistand, um Religion, Bildung, Ordnung und Ehre, der Kampf pro aris et focis, für Heerd und Altar, der Kampf gegen Menschen, deren hirnverbrannte Lehren als Verurtheilten verachtet werden müssen, wenn es ihnen nicht gelungen wäre, durch den Appell an die niedrigen Leidenschaften die breiten Massen zu durchwählen und Alles, was unzufrieden und mißvergütet ist, um ihr blutrothes Banner zu schwauren, der Kampf gegen die Feinde aller modernen Kultur und aller freigeistlichen Institutionen (!) — alle diese mottenscherfrenen Loosdodger werden wieder sorgfältig aus der Kampferkammer hervorgeholt und, häßlich abgetraubt, dem Mob aufs Neue produziert. In die gesinnungsstichtige „Magdeburgerin“ riskirt sogar das Kerne in der Geispensterbeschöpfung, indem sie ein paar Stellen aus dem „Sozialdemokrat“ abdruckt und sich dadurch eigentlich des sozialistengesellschaftlichen Verpöbnens der „Verbreitung verbötnener Schriften“ schuldig macht.

Die Offiziden kommen natürlich mit größerem Geschick. So läßt die Norddeutsche die beabsichtigte Stimmenthaltung der Fortschrittler fröhlich dahin um, daß letztere bei der Stichwahl für den Sozialdemokraten in die Schranken treten wolleg. Die allfällige Rechenschaft für Breslau wird ein Stimmenschafer“ genannt (als ob derlei bei der Regierung und ihren An-

gern ganz unbekannt wäre!) und dem Fortschritt gedroht, daß, wenn durch seine Schuld in Wirklichkeit Magdeburg den Sozialdemokraten überlassen werde, dadurch nur ein weiterer Beweis geliefert würde, daß die Fortschrittspartei in logischer Konsequenz ihrer Entwicklung unerbittlich und unabwieslich zur Sozialdemokratie gelangt. Merkt ihr den Hauptfehler, Männer des Fortschritts?

Ob diese und alle sonstigen Bemühungen, alle Nichtsozialisten ohne Rücksicht auf ihre sonstige Parteistellung und den Grad ihrer Freimüthigkeit unter Einen Hut gegen uns zu bringen, gelingen, ob insbesondere die Fortschrittler so schnell ihre Beschwerden und all ihren Groll gegen die Nationalliberalen vergessen; oder ob sie in kluger politischer Ermägung vorziehen, durch Herabgünstigung des Ordnungsmischmasch-Kandidaten das erstrebliche Anwachsen der Opposition im allgemeinen zu konstatiren: alles dies wollen wir bei der bekannten Bankelmüthigkeit und Unzuverlässigkeit der bürgerlichen Parteien dahin gestellt sein lassen. In wenigen Tagen, am 27. d. Mts., dem Tag der Stichwahl, werden wir ja überdies Gewißheit haben.

Daß unsere Magdeburger Geistesgenossen sich durch diese Gewißheit des Erfolges aber nicht hindern lassen werden, alle Kräfte aufzubieten, um dem sozialdemokratischen Kandidaten neue Hunderte und Tausende von Stimmen zuzuführen und unsere Feinde dadurch zu beweisen, was eine große und gerechte Sache trotz der brutalsten Unterdrückung und gegen die vereinte Macht der politischen und ökonomischen Gewalt vermag: dessen sind wir gewiß und bedarf es deshalb keines Wortes, um sie an ihre Pflicht zu mahnen. Die deutschen Sozialdemokraten, entwickelt, zielbewußt, kampfbereit, brüderlich vereint unter dem althergebrachten Banner, sie sind sich ihrer Pflicht: allüberall, zu jeder Zeit, in jeder Weise und mit Aufgebot aller Kräfte für unsere große Sache einzutreten, ihr Ehre zu machen und Erfolge zu erringen, jeden Augenblick bewußt!

Darum sehen wir dem dritten Weihnachtsfesttag nicht gleich unsere Gegner mit Furcht und Bangen, sondern im sichern Bewußtsein unserer Stärke mit Ruhe entgegen. Möge das Resultat im engeren Sinne sein, welches es wolle — die deutsche Sozialdemokratie wird auf alle Fälle die Magdeburger Wahl als einen neuen, bedeutsamen Sieg zu verzeichnen haben!!

Zum Nothstand in Schlesien.

a Breslau, 9. Dezember. In unserem engeren Vaterlande, der Provinz Schlesien, sieht es sehr trübe und traurig aus. Die Presse von ganz Deutschland bringt seitenslange Berichte über den in Schlesien herrschenden Nothstand, der namentlich in Oberschlesien so überhand genommen hat, daß eine Hungersnoth in Aussicht steht, richtiger schon eingetreten ist. Die Ursachen, welche diese Wirkung hervorbrachten und hervorbringen mußten, haben wir Sozialdemokraten, so lange wir öffentlich in der Presse und in Versammlungen das Wort ergreifen konnten, in die Öffentlichkeit gezogen. Das war aber den Machthabern und ihren Schleppträgern höchst unangenehm, und wir wurden darum mundtot gemacht durch das Ausnahmegesetz. Nun aber wagen sich allmählig, wenn auch nur schüchtern, einzelne Stimmen in der gegnerischen Presse hervor und wiederholen fast genau das, um dessen willen man uns politisch totschlug. So verließ sich in diesen Tagen die „Tribüne“ zu folgendem Ausspruch: „Aus der Unzulänglichkeit des Lohnes resultirt die unzureichende, ungenügende Nahrung, resultiren alle sozialen Uebelstände, die den Hungertyphus, Rohheit, Unbildung, Verbreitung des Mißbrauchs alkoholischer Getränke im Gefolge haben.“

Wir sind nur neugierig, ob das Ausnahmegesetz nicht auch bald dies und ähnliche liberale Blätter unter sein schützendes Dach nehmen wird. Wir wünschen dies keineswegs, obgleich wir das Ausnahmegesetz den Liberalen zu verdanken haben; denn andernfalls müßten wohl die armen Oberschlesier Hungers sterben, ohne daß ein Schmerzensschrei an die Ohren der laien, tugendhaften Bürger dringen könnte. Und doch wird da jetzt so Manches zu Tage gefördert, was erhalten zu bleiben werth ist. So schrieb das Stadtblatt in Cosel (Oberschlesien) vor Kurzem folgendes:

„Daß die Noth vor der Thür ist, wird wohl jetzt Niemand mehr in Abrede stellen. Nach einem Sommer, wie der verfloßene war, der durch Ueberfluthungen und permanente Regengüsse alle Feldertrübe verborben, in welchem die Verdienste für den Ackerbau sehr spärlich waren, nach einem solchen Sommer ist es nicht wunderbar, daß wir den Ruf um Hilfe für unsere Nothleidenden erheben müssen. — Man möge die Noth nicht unterschätzen, grade in unserem Kreise, der nur auf Landwirthschaft angewiesen ist, macht sich der eingetretene Mangel viel empfindlicher fühlbar, als in der Hüttengegend. Im Coseler Kreise allein haben im Laufe dieses Jahres 288 Substationen und Kantarke stattgefunden — eine erschreckende Zahl. Wo kommen bei diesem Stande der Landwirthschaft die Nahrungsmittel her zur Ernährung der Kreisbevölkerung? Kartoffeln sind nicht vorhanden; die wenigsten, die zu sehen sind, werden mit 6 Mk. 50 Pf., pro 100 Kilo verkauft (im Vorjahr 2 Mk. 60 Pf.); Kraut kostet das Schwad 5 bis 6 Mk., gegen 1 Mk. im Vorjahre. Und bei diesen enormen Preisen ist nirgends ausgiebiger Verdienst. — Dem Allen entsprechen denn auch die Beobachtungen, die gemacht worden sind. Bei Gelegenheit der Aufnahme des Personenstandes ist bemerkt worden, daß die Leute statt der Kartoffeln gedörrte Zuckerrüben mit Salz aßen, daß an Heizung der Wohnung oft gar nicht zu denken war, daß in fast unbewohnbaren Räumen Menschen hausten, die sich mit Mühe durch eine Strohdede gegen die Kälte zu schützen suchten und denen der Hunger aus dem Gesichte blickte. Muß man nicht jeden Tag fürchten, daß der obende Typhus zum Ausbruch kommt? Wahrlich, es ist hohe Zeit, daß wir mit kräftiger Hilfe bedacht werden und soweit es irgend in unsern Kräften steht, selbst helfen. Es genügt nicht mehr, die Privatwohlthätigkeit der Stadt Cosel in Anspruch zu nehmen, es ist geboten, auch von anderer Seite Hilfe in Anspruch zu nehmen. — Was irgend geschehen kann, um die Arbeiter zu beschäftigen, das möge geschehen. Der Kreis freilich hat gethan, was er konnte, um durch den Bau von Chausseen und Vicinalwegen Verdienst zu gewähren; bei der Witterung aber, wie wir sie jetzt haben, ist es ja unmöglich die Bauten fortzuführen.

Eine lohnende Beschäftigung auch für jetzt wäre die Zuschüttung der Festungsgräben um Cosel. Die Stadt freilich ist absolut nicht im Stande, die Mittel dazu zu beschaffen. Aber der Herr Oberpräsident der Provinz selbst hat anerkannt, daß die Kosten aus dem Meliorationsfond gedeckt werden müßten. Wenn es überhaupt geschehen soll, so wäre keine Zeit geeigneter dazu als die jetzige, wo die Arbeit billiger ist und zur Erlösung wird für viele Hungernde. — Noch einmal erheben wir unsere Bitte: „Helft, helft den Nothleidenden, ehe es zu spät ist!“

Sie sehen, daß die „billige Arbeitskraft“ hier als besonderer Sporn zu Nothstandsarbeiten angepöbeln wird. Und doch ist gerade dieselbe billige Arbeitskraft, d. h. der geradezu hundemäßige Lohn neben der vollständigen Arbeitslosigkeit der hauptsächlichsten Grund des gegenwärtigen Nothstandes. Die Ursache der Krankheit soll also zugleich deren Heilung sein!

Auf welcher unerhöht miserablen Weise sich ein Theil unserer schlesischen Bevölkerung zu ernähren gezwungen ist, ist u. A. aus einem Berichte der „Schlesischen Zeitung“ ersichtlich, welcher aus Güttenberg in Oberschlesien folgendes geschrieben wird:

„Es sind verschiedene Faktoren, die hier zusammenwirken, um zu den ernstesten Befürchtungen Veranlassung zu geben. Es ist die Arbeitslosigkeit der Bevölkerung, die den Nothstand hervorruft, die geradezu erbärmliche Gesundheitspflege, die ihn ganz unendlich potenziren kann. Der Arbeitslohn für die Landbevölkerung steht jetzt auf 20—25 Pf. pro Tag und Kopf. — Er hatte seine höchste Höhe während des ersten Schneefalles erreicht; die Gutsbesitzer fürchteten, die Kartoffeln nicht rechtzeitig hereinzubringen, und erhöhten infolge dessen den Lohn auf 4—5—6—7 Sgr. pro Tag, der aber ebenso rapide bis auf den heutigen Lohnsatz fiel. Ich schrieb Ihnen schon von Malapano aus über die Gefährlichkeit bei Pflanzung von Streu aus den königlichen Forsten und bedauerte nur, daß der frühzeitige Winter die Streu zum großen Theil unbrauchbar gemacht, was man in umschreibender Form auch so lesen kann, daß die Auslieferung derselben rechtzeitig erfolgen möge. Wie wird dies von den Privatforstern gehandhabt? Auf vielen Privatgütern wird in den Wäldern die Streu für Arbeitslohn angewiesen, das durch Ausschalten von Kartoffeln verdient worden ist. Erst nachdem die Kartoffeln sämmtlich gemietet, wird den Arbeitern das Stück Wald zum Abrechen angewiesen. Die hierbei gesammelte Streu ist natürlich schon von der Witterung feucht, und die Jahreszeit ist auch nicht mehr dazu angethan, die Streu zu trocknen. Es ist dies überhaupt ein wunder Punkt; man hört auf den Privatgütern alles Andere, nur keine bestimmte Antwort auf die auf Nothstand bezüglichen Fragen. Deutlich kann man die Frage von manchem Gesicht ablesen: „Holla, welch Geisteskind bist Du?“ Ueberhaupt scheinen Fragen um das Wohl und Wehe der hiesigen Bevölkerung verhaßt zu sein, und von vielen Seiten wird deswegen ein ausnahmsweiser Nothstand gelehrt, um diesen Fragen zu entgehen. Den Hofe-Arbeitern wird von den Gutsforstern für den Winter „Brennmaterial“ geliefert. Ich habe dies Brennmaterial in einer Hütte an der Schönowalder Chaussee dicht bei Rosenburg besichtigt. Dies Brennmaterial besteht aus Reisig der erbärmlichsten Sorte, das zum Austrocknen der Hütte, deren Fußboden die liebe Mutter Erde ist, verbrannt werden soll. Die Nahrungsmittel der Familie bestehen aus Kartoffeln und Kraut oder Zur; dies Nahrungsmittel bezieht aus meistens auf der Handmühle gezeichnetem Korn, das mit Wasser und Salz zubereitet und gefäuert ist und in das die Kartoffeln gedockt werden. Die Leute huldigen gezwungenermaßen meistens dem Vegetarianismus, das ganze Jahr weiß ihr Tisch kein Fleisch auf; aber ich habe sehr viel darüber schimpfen hören, daß diese ungebildeten Leute, deren Magen nur die dreckigen, unverdaulichen und gesäuerten Speisen auginimmt, von ihrem geringen Arbeitslohn noch Mittel zum „Schnapsrinken“ übrig haben.“ In den Hütten, die herrschaftliches Eigenthum und gegen Feuersgefahr versichert sind, werden die Fensterscheiben zu 7/8, von darüber geklebtem Zeitungspapier vertrieben. Am nun zum Erwärmen dieser luftigen, nur für den Sommer eingerichteten Hütten das nöthige Brennmaterial zu haben, sieht der Forstdiebstahl in höchster Blüthe; den Kleinen hängt man, den Großen läßt man laufen; wer erwischt wird bei solchem Holzdiebstahl, wird streng bestraft, er müßte denn mit Wagen und Pferden das Holz geholt haben! Hand in Hand mit dem Holzdiebstahl geht der Strohdiebstahl. Als Muster der polnischen Bevölkerung werden dem Durchreisenden einzelne veröfentlichte Exempel vorgeführt, an denen zur Evidenz erwiesen wird, daß die Bevölkerung einer Unterstützung nicht werth sei. Wenn die Kinder zur Jetztzeit noch barfuß in die Schule gehen, dann sind eben zum Theil die veröfentlichten Eltern Schuld; unter den die Wachower Schule besuchenden Kindern befinden sich 3, die jetzt und wahrscheinlich den ganzen Winter hindurch barfuß gehen. Trotzdem kommt es vor, daß der intelligente Theil der Bevölkerung, die Lastträger an der Bahn, die Lohnarbeiter, den angebotenen Schnaps zurückweisen, weil sie prinzipiell keinen Branntwein trinken. So lange die Leute für ihr verdientes Geld sich Branntwein kaufen, verläßt der Gehilte in moralische Krämpfe, findet es jedoch sehr angenehm, wenn er für geleistete Arbeit sich mit einem Schnaps abfinden kann.“

Aus Vorstehendem werden Sie sehen, wie herrlich weit wir es gebracht haben. Aber glauben Sie ja nicht, daß es in hiesiger Metropole von Schlesien besser steht. Die Arbeiter laufen zu Tausenden arbeitslos, ein großer Theil auch obdachlos durch die Straßen, ohne jede Aussicht, ihren Hunger stillen zu können. Unsere Kaufleute stehen mit verweisungsbedolten Gesichtern hinter ihrer Ladentafel und harren oft tagelang vergeblich auf Käufer. Mit einem Worte, die Situation ist eine nahezu unerträgliche geworden. Jeder sagt: schlimmer kann es nicht werden, die Besserung muß bald eintreten. Aber diese stehende Redensart geht schon einige Jahre von Mund zu Mund, ohne daß die gehoffte Besserung kommt. Der Bankrott unserer herrlich organisirten Gesellschaft rückt mit Riesenschritten näher. — Die Statistik der Verhaftungen zeigt ebenfalls deutlich, in welchem Maße das Elend des Volkes zunimmt. Während im Monat November 1876 etwas über 900 Personen wegen Diebstahls u. s. w. verhaftet wurden, sind im gleichen Monat dieses Jahres mehr als 1700 solcher Verhaftungen vorgenommen und zur Anzeige gebracht worden!

Angesichts der vorstehend geschilderten Zustände kann man nur mit Staunen auf das Volk blicken, daß es alle diese Noth und das Elend fast ohne Murren trägt und nicht längst schon die

Gesellschaft, welche es so stiefmütterlich und hart behandelt, auf den Kopf gestellt hat. Aber es gibt ja bekanntlich kein gumühigeres Volk als das deutsche. Ihm ist Hunger und Entbehrung fast zur zweiten Natur geworden. Wenn stilles Leiden und lautloses Ertragen eine Tugend ist, dann ist das deutsche und speziell das schlesische Volk überaus tugendhaft, ja seine Tugend erreicht einen Grad, der bald an den Wahnsinn der Entbehrung grenzt! Aber Alles hat seine Grenze, selbst die Geduld des Deutschen. Vorläufig allerdings werden wir mit unsern 26 Dynastien, die dem Volke jährlich viele Millionen kosten und deren notwendiges Anhängel der Alles verschlingende Militarismus ist, noch manche Jahre die mit Hunger geprügelte Nation bleiben, — so lange, bis das Volk, durch Schaden und Leid klug geworden, einsehen gelernt haben wird, daß es nur Einen Weg gibt, seinem Elende zu entrinnen und daß es sich diesen Weg selbst bahnen muß. — Denn, von der Regierung und vom Adel ganz abgesehen: das „freisinnige“ Bürgertum befindet sich in fetten Pfründen und kümmert sich um die Leiden des Volkes nur dann, wenn der ausgebrochene anstehende Hungerwuth auch sein eigenes gemüthliches Leben aduhtiren droht. Von wirklicher, dauernder Abhilfe der Volksleiden kann so lange keine Rede sein; als die heutige Produktionsweise bestehen bleibt, deren Weisen es ist, das arbeitende, alle Reichthümer erzeugende Volk zu Gunsten einer Handvoll Bevorrechteter zu Arbeitslosigkeit und Elend zu verurtheilen.

Wer also die Möglichkeit, ja die Nothwendigkeit solcher Zustände beseitigen will, der trete mit uns ein für die Abschaffung der heutigen kapitalistischen Gesellschaft, der schließe sich den Reihen der Sozialdemokratie an!

Noch einmal die Eidfrage.

Wie wir erwarteten, ist die schon erörterte Frage der Eidleistung der sozialdemokratischen Abgeordneten zum sächsischen Landtag von den politisch reifen deutschen Genossen ganz in Uebereinstimmung mit den Ausführungen des „Sozialdemokrat“ aufgefaßt worden. Nicht Eine Anfrage, viel weniger eine argenthellige Erklärung oder gar ein Protest ist eingelaufen; man sah die Haltung unserer Genossen Liebknecht, Freitag und Buttrich einfach für etwas Selbstverständliches an, über das weiter kein Wort zu verlieren sei. Nur ein augenblicklich in London lebender Genosse H. (der aber im Uebrigen mit der „Freiheit“ nicht das Geringste zu schaffen hat) hat sich in seinem Gewissen beunruhigt gefühlt und sich deshalb in einem sehr lehrreichen Briefe an Liebknecht gewandt.

Obgleich wir die „Eidfrage“ (welche für vorurtheilslose, aufgeklärte Leute, welche Sozialdemokraten doch vor Allem sein sollen, freilich gar keine Frage ist) durch unsere früheren Erklärungen und die Uebereinstimmung der deutschen Genossen *) für längst und endgiltig erledigt ansehen, halten wir die nachstehende Antwort auf den von London an Liebknecht gesandten Brief doch für allgemein interessant genug, um sie ihrem Fortlauf nach mitzutheilen. Nur den Namen des Londoner Briefschreibers, eines sonst bewährten Genossen, halten wir für gut, wegzulassen, da es sich ja nicht um Persönliches, sondern allein um die Sache handelt; übrigens werden wir den Verhältnissen Vertrautere ihn ohnedies leicht errathen.

Der Antwortbrief lautet folgendermaßen:

„Beizter Genosse! Unser beiderseitiger Freund Liebknecht, der keine Lust hat, persönlich Ihren Brief d. d. 21. November zu beantworten, hat mich ersucht, die Antwort für ihn zu schreiben. Ich würde dieses Geschäft zurückgewiesen haben, wenn es sich um private Angelegenheiten handelte; da Sie aber in Ihrem Briefe eine allgemeine Parteiangelegenheit berühren, so stehe ich nicht an, auch Namens der übrigen Leipziger Freunde, soweit ich deren Bestimmungen kenne, zu antworten.“

Liebknecht hat den Verfassungsbeid in der sächsischen Kammer geschworen und zwar deshalb, weil man ihn andernfalls aus dem Landtage auferst haben würde. Hätte Liebknecht nicht geschworen, so würden vielleicht einige Genossen im Auslande diese „Heldenthat“ bejubeln, sie eine gloriose Demonstration genannt haben, während die deutschen Sozialdemokraten, die mitten im Kampfe stehen, nicht angeschlossen hätten, diese „Heldenthat“ eine Feieler zu nennen. Was bedeutet denn dieser Eidschwur? Wenn Paris eine Messe werth war, so ist nur das Wohl der Partei 100,000 Gids werth — sagt Liebknecht.

Treue gegen die sächsische Verfassung und den König ist kein Abschwur der republikanischen Gesinnung; derselbe bezieht sich nur auf Liebknechts landtägliche Thätigkeit und ersticht mit dem Mandate. Aber auch in Bezug auf die Landtagsthatigkeit Liebknechts würde ihn der Eid nicht einmal hindern, einen Antrag auf Einführung der Republik „im Interesse des Königs“ (er hat nicht dem Königtum den Eid geschworen) und des Landes stellen zu können. Daß er aber solche Kinderei nicht verüben wird, ist freilich selbstverständlich. Die Form des Eides aber: „Bei Gott dem Allmächtigen u. c.“ ist doch einem wahrhaft freisinnigen Manne gleichgültig! Wer sich besonders daran löst, kommt mir so vor, wie ein Kind, welches im Dunkeln laute Lieder singt, um die Gespenster zu bannen; ein solcher „Freigeist“ steckt noch tief in der Religion, mag er sich auch zu keiner von den bestehenden Religionen bekennen.

Von befreundeter Seite wurde der Gedanke ausgesprochen, daß Liebknecht den Eid unter Protest hätte leisten sollen; nachdem man aber Erkundigungen angestellt hatte, wäre die Folge davon

*) Uebrigens denkt man in außerdeutschen sozialistischen Kreisen ganz ebenso. So schreibt das Organ des Schweizerischen Arbeiterbundes, die „Luzerner“: „Kaum ist der sächsische Landtag eröffnet, so ist auch schon Liebknecht in offenkundiger topfener Weise ins Reich gerückt und hat damit am besten diejenigen Lügen gestraft, welche ihn um einer simplen Formalität willen (Eidleistung des Abgeordneten) glauben zu dem Apostaten ziehen zu dürften. Rebenher wollen wir hier bei der ersten, daß ein solches Gebahren, wie es von radikal-lein wollender Seite aus gegen Liebknecht geübt wird, nachgerade lächerlich wird. Wenn unter dem Namen Liebknecht in der alte geblieben und fast noch wie vor-treu auf dem Wank“ Der Schweizerische Arbeiterbund signalisirt die Anklage nicht nur vollkommen an, sondern vertritt sie noch, indem er die „Apostat“ Schreiber mit hässlicher Geradschneiderei nennt. — Eine argenthellige Ansicht ist uns im ganz u. Umfang der sozialistischen Presse Europas und Amerika's noch nicht begegnet!

gewesen, daß Liebknecht auf die Frage, ob er diesen unter Protest geleisteten Eid als bindend für sich anerkenne, mit Ja oder Nein hätte antworten müssen. That er das erstere, so war das nur eine Verschärfung und besondere Bekräftigung des Eidschwurs, that er das letztere, so „wurde er gegangen“.

Man ließe sich allerdings darüber streiten, ob unsere Partei überhaupt zum sächsischen Landtage wählen soll. Ich selbst war früher dagegen und hielt auch die Wahlen Liebknechts und Freitag's (im „Vorwärts“ wurde nicht viel daraus gemacht) im Jahre 1877, wo wir noch öffentlich agitirten, für kein besonders bedeutendes Ereigniß. Jetzt aber, da die Thätigkeit der Partei überall beengt und behindert wird, halte ich den Eintritt Liebknechts in den sächsischen Landtag für ein bedeutungsvolles Ereigniß. Seine brillanten Reden über die Freizügigkeit, das Knappschäftslassen und die Chemnitzer Wahl haben bewiesen, daß diese Ansicht die richtige ist. Solche Reden machen mehr Aufsehen und bei dem Volke mehr Eindruck — und sie waren sehr demokratisch und sozialistisch — wie alle Most'schen „Freiheiten“ und sonstige rabiate Preßzeugnisse zusammengekommen.

Doch angenommen — die Wahl Liebknechts resp. der Eintritt desselben in die sächsische Kammer selbst wäre ein Fehler gewesen! Wer sind denn diejenigen, welche solchen Fehler hauptsächlich mitgegangen haben?

Das sind die Herren H. und Most!

Im Sommer und Herbst 1877 redigirten sie ein Blatt in Deutschland, in welchem sie Liebknecht's damalige Wahl zum sächsischen Landtagsabgeordneten mit unendlichem Jubel begrüßten und die Genossen antworteten, immer mehr Sozialdemokraten in den Landtag zu wählen, um dort Breche schießen zu können; und Most, Redakteur der „Berliner Freien Presse“, druckte diese Artikel getreulich ab, fügte noch Anschläge der „Chemnitzer Freien Presse“ und der „Frankfurter Zeitung“ hinzu und — die Begeisterung über den gelungenen Wahlsieg war ohne Ende, damals, wo man so etwas gar nicht so nöthig hatte!

Aber damals lebten noch die Herren Most und H. — in Deutschland!

Hätte zu jener Zeit Liebknecht den Eid geschworen — kein Hahn und kein Huhn würde danach gekräch haben. Schwieg doch Alles, als Freytag, der an Liebknecht's Stelle gewählte Sozialdemokrat, den Verfassungseid schwur! Lobte doch die „Berliner Freie Presse“ dessen Auftreten im sächsischen Landtage ganz besonders (unter Redaktion des Genossen Most) und kam doch kein Brief vom Genossen H. — aus P. —, der den Pannschleicherte gegen den armen sozialdemokratischen sächsischen Landboten Freytag!

Noch ein Wort! Wer die Schwierigkeit der jetzigen Agitation kennt — ich mache nur aufmerksam auf die Reichstagswahl in Breslau und auf diejenige, die am 10. d. Mts. in Magdeburg stattfindet — der wird jede Gelegenheit mit Freuden ergreifen, welche geeignet ist, die sozialdemokratischen Ideen im Volke zu verbreiten; und eine solche Gelegenheit ist die Anwesenheit Liebknecht's im sächsischen Landtage. Der sozialistische Parteimann, welcher jetzt in Deutschland lebt, weiß, daß die Verbindungen der Genossen hier und da gelockert sind, daß an einzelnen Orten eine gewisse Enthusiasmus eingetrisen war und daß man die Verbindungen nicht durch ein radikales Geschrei und „rabiale“ Eidschwurverweigerungen wieder herstellt und noch weniger dem Volke dadurch Muth einflößt.

Graf Eulenburg hat im Bundesrath und im preussischen Landtage gesagt, daß die geheime Agitation für die Sozialdemokratie in Berlin genau so lebhaft betrieben würde, als vor Jahresfrist (Befragungen in Folge des Sozialistengesetzes aber kommen fast gar nicht vor), Zeugnis genug, daß man hier in Deutschland seine Schuldigkeit unter den schwierigsten Verhältnissen thut! Es werden an den Opfern der deutschen Sozialdemokraten die größten Anforderungen gestellt, es herrscht unter den Arbeitern verschiedener Distrikte Deutschlands die Hungernoth, der Verdienst ist überall äußerst gering; und dennoch —

Es wäre ein Triumph für die Reaktion, wenn wir die Wege verließen, auf welchen wir gegenwärtig gehen. Verließen wir dieselben, gingen wir zum Beispiel alle ins Ausland — und wenn wir dort noch viel radikaler, „röther“, „am röthesten“ würden, ja uns gegenständig in der Couleur überböten, was ja so leicht bei einer verhältnißmäßig jungen Partei geschieht, — seien Sie überzeugt, Bismarck würde vor Freuden trotz seiner Korporanz den schönsten Parzelsbaum schlagen.

Doch nun genug! Die „faule Umgebung“ Liebknecht's in Leipzig, die Sie in Ihrem Briefe nicht näher präzisirten, ist eine Ueberhebung Ihrerseits, weil Sie durchblicken lassen, daß, wenn Sie Liebknecht's Umgebung bildeten, der arme Liebknecht politisch besser erzogen werden würde.

Aber trotz alledem, da ich jeglichen ernsthaften Differenzen zwischen Parteigenossen abhold bin, entbiete ich Ihnen meinen besten Gruß.

W. Hasenclever.

Leipzig, den 3. Dezember 1879.

Sozialpolitische Rundschau.

— Dem deutschen Bundesrath ist nunmehr der von uns bereits angeforderte Gesuchentwurf über die Verlängerung der Finanzperioden von einem auf zwei Jahre und über die gleichzeitige Verlängerung der Reichstagsmandatsdauer von drei auf vier Jahre vorgelegt worden und wird selbstverständlich angenommen werden. Die ohnehin schon sehr geringen Nachbesetzungen des Reichstages werden dadurch auf's Neue wesentlich eingeschränkt, was aber die Wametsaken des Letzteren nicht hindern wird, ihr Ja und Amen dazu zu geben.

— Die preussische Gesetzgebungsmaschine arbeitet jetzt wieder mit Hochdruck. Die Regierung muß natürlich die angenehme Temperatur, welche seit den Neuwahlen im Landtagsaal herrscht, nach Kräften ausnützen und das Eisenblech ihrer innersten Verfassungswünsche in kurzfristige Gesetzesmünze umwandeln lassen, so lange der Prägemechanismus so bereitwillig dem leisen Druck des Dirigenten folgt.

Die entschieden in ihren Folgen wichtigste gesetzgeberische That ist die nun seitens des Abgeordnetenhauses definitiv beschlossene Verstaatlichung des preussischen Eisenbahnwesens. Die Regierung erhielt den Auftrag, drei große Bahnen (Berlin-Stettin, Magdeburg-Halberstadt, Berlin-Minden) und eine Ruine aus der Gründerzeit (Hannover-Altenbeken) zu erwerben. Dadurch ist ein bedeutender Anfang zur Monopolisirung der Eisenbahnen in den Händen des Staates gemacht. Und die Fortsetzung bis zum Ende wird ebensovienig auf sich warten lassen, als die Erweiterung des preussischen Staatseisenbahnnetzes in ein Reichseisenbahnnetz. Eben so nothwendig wird sich — so sehr man sich auch vielleicht jetzt noch gegen den Gedanken sträuben mag — mit der Zeit auch die Selbsterzeugung des Bahnmateriale (Wagen, Lokomotiven, Schienen etc.) in eigenen Staatsbetriebsanstalten anschließen und dadurch die Einschränkung der Privatproduktion und die Ausdehnung der staatlichen, gesellschaftlichen Produktion immer größere Fortschritte machen. Wir Sozialisten können daher mit dieser Arbeit der preussischen Regierung und des Landtages trotz der augenblicklichen politischen Nachtheile, welche durch die bedeutende Vergrößerung der Regierungsmacht zweifellos entstehen, im Ganzen wohl zufrieden sein. Die Herren haben in diesem Falle durchaus nicht pour le roi de Prusse gearbeitet, sondern uns die steinige Straße der Sozialisirung der bürgerlichen Gesellschaft in dankenswerther Weise geebnet.

Ein anderer Gesetzesvorschlag, welcher unser Interesse erregt und uns in einer der nächsten Nummern beschäftigen wird, die Verbesserung des bäuerlichen Grundbesitzes betreffend, wurde der Regierung warm empfohlen und wird dort jedenfalls nicht auf feigen Boden gefallen sein, da er die Erhaltung eines „starken Bauernthums“ bezweckt, und die Regierung in einem solchen eine ihrer Hauptstützen erblicken muß. — Tagelang rief das wiedereroberte Feld- und Forstpolizeigesetz mit seinem verächtlichen Bild- und Beeren-Paragrafen, durch das der Wald jedem Nichtwaldeigentümer streng verschlossen, und jeder Schritt in denselben, das Blüthen jeder Pflanze, das Aufheben jedes Blattes bestraft werden soll, in und außer der Kammer lebhaften Widerspruch hervor und wurde an die Kommission zurückgewiesen. Ob der Landtag den Forderungen der schlesischen Forstmagnaten und der sie protegirenden Regierung auf die Dauer widerstehen werden, ist erst noch abzuwarten; aber für diese Session wenigstens ist das Zustandekommen dieses, die Entziehung des Reichthums in geradezu skandalöser Weise statuirenden Gesetzes doch vereitelt.

Der Ehrenschild der republikanischen und demokratischen Schweiz ist durch ein jüngstes Verbot des Nationalrathes mit einem häßlichen Flecken bedeckt worden. Wie man sich erinnert, hat im vorigen Jahr der Bundesrath den sächsischen deutschen Literaten Gehlen (eine höchst zweideutige Persönlichkeit, was indessen die Sachlage um nichts verändert) eines von ihm in der „Tagwacht“ veröffentlichten Artikels wegen ohne Weiteres ausgewiesen und dadurch die schweizerische Absperrung in flagrantester Weise gebrochen. Gelegentlich der Verhandlung des von Gehlen eingereichten Refurtes im Nationalrath (Kammer) kamen aus den Reihen der republikanischen Volksvertreter Anschläge zum Vorschein, welche deutscher Nationalliberaler oder Konservativer vollkommener würdig sind, sich im Munde eines „freien Schweizer“ aber höchst sonderbar ausnehmen. So meinte der Mehrheitsreferent Blühberger u. A.: Es könne allerdings ein Volk, das vergewaltigt werde, der Regierung Gewalt entgegenstellen. Aber das deutsche Volk werde nicht unterdrückt, weil — das Sozialistengesetz in geregelter Weise erlassen und ausgeführt worden sei! Ein anderer Repräsentant, Weck, behauptete kurzweg, ein politischer Flüchtling habe gar keine Rechte und man solle darum auf den Refurt gar nicht eingehen. Gegen diese und ähnliche Ausführungen wandten sich allerdings die Herren Dr. Stöckel (Minoritätsreferent), Buchonnet und Sulzer, welche in glänzenden und lebhaften Worten für die Sache der Freiheit im Allgemeinen und die Absperrung insbesondere eintraten und einen (wenn auch sehr gelinden) Tadel der bundesrathlichen Ausweisung beantragten. Der Nationalrath beschloß aber mit 54 gegen 45 Stimmen Uebergang zur Tagesordnung, d. h. Abweisung des Refurtes, womit nicht nur die geschehene Ausweisung sanktionirt, sondern zugleich dem Bundesrath Vollmacht und Aufmunterung gegeben ist, die Absperrung der Schweiz auch in Zukunft nach politischen Ermessen zu suspendiren!

Berichte.

* Zürich, 15. Dez. Daß wir uns mit der Londoner „Freiheit“ in keine Polemik einlassen, haben wir schon neulich erklärt und versteht sich das bei der bereits genügend charakterisirten Führung dieses Organes auch von selbst; wir haben Zeit und Raum besser zu verwenden. Indessen müssen wir heute doch noch einmal auf eine Aeußerung des genannten Blattes zurückkommen, um unsern Genossen zu zeigen, wie das Londoner Blatt seine Lügen und Verläumdungen über Parteigenossen nicht etwa aus Uebereifer und in gutem Glauben austreut, sondern sich seiner Lüge und Verläumdung vollkommen bewußt ist!

In einer der letzten Nummern der „Freiheit“ wird redaktionell erklärt, daß die von den sächsischen Sozialisten gewählten Abgeordneten Freitag und Buttrich „nie Sozialdemokraten gewesen seien“. Nach der im Artikel „Eine traurige Alternative“ (unserer vorigen Nummer) erläuterten Sachlage kann es allerdings sowohl den genannten Genossen als der Partei gleich gültig sein, wen das Londoner Blatt als Parteigenosse oder Nichtparteiigenosse bezeichnet; im Gegentheil würde ein mit einem Londoner Gütezeugniß beehrter Genosse diese „Ch. e.“ wohl wahrscheinlich als mindestens bedenklich ansehen. Nicht deswegen aber und weil etwa die solchergestalt verläumdeten Genossen F. und B. einer besonderen Ehrenklärung bedürften, sondern lediglich zum Zweck des oben verprochenen Nachweises wollen wir die nachfolgende, bisher nur einem engern Genossenkreis bekannte Geschichte erzählen.

Es war im Jahre 1873, als das erst wenige Jahre bestehende Chemnitzer Parteiorgan sammt der dazu gehörigen Genossenschaftsdruckerei infolge geschäftlicher Unfälle hart am Rand der Insolvenz, des Falles stand. Nirgend's war das nöthige

Geld zur Einlösung der Wechsel und Fortführung des Geschäftes aufzutreiben und schon war eine Anzeige geschrieben und gelebt, in welcher den Abonnenten des Blattes das Eingehen desselben angekündigt wurde. Aber die theilnehmenden Chemnitzer Genossen konnten es nicht über sich gewinnen, diese traurige Anzeige zu veröffentlichen. Mit dem Eingehen des Blattes war die Hoffnung auf Erwerbung des Chemnitzer Wahlkreises für die Sozialdemokratie schwer erschüttert und die auf die Erreichung dieses Zieles jahrelang gemachten Anstrengungen größtentheils vergeblich; denn ohne das eminente Agitationsmittel der Presse war in jener Zeit, in welcher uns noch kein Ausnahmegesetz und auch ohne dies Mittel zu behelfen gelehrt hatte, kein Erfolg zu hoffen. Aber mehr noch: der Fall der Chemnitzer zentralen Position mußte auch auf eine Reihe umliegender Wahlkreise, für welche ebenfalls das Chemnitzer Blatt das wichtigste Agitationsmittel bildete, den schärfsten Einfluß üben. Man sieht: an der Erhaltung des Chemnitzer Parteiorgans und des dazu gehörigen Druckereigeschäftes hing damals viel — Man kann sich deshalb die Bedrängniß der Chemnitzer Genossen leicht vorstellen. Da wurde in letzter Stunde noch ein Versuch zur Haltung des Geschäftes gemacht. Ein Genosse reiste nach Leipzig und legte dem Genossen F. die Sache vor. Wohl verheißte er sich nicht, daß die erhebliche Summe, um welche es sich handelte, für einen Einzelnen ein zu großes Opfer sei; aber es gab kein anderes Mittel. Und Gen. F. brachte — ohne viel Phrasen und Aufsehen zu machen oder große Anerkennung zu verlangen — das Opfer und rettete so die Chemnitzer Position! Und mit Hilfe des dadurch erhaltenen Chemnitzer Parteiorgans wurden bei der Reichstagswahl wenige Wochen später die Wahlkreise Freiberg, Mittweida, Stollberg und vor Allen auch Chemnitz erobert und in letzterem derselbe Mann gewählt, der jetzt die „Freiheit“ schreibt und trotz genauer Kenntniß dieser Sachlage und der weiteren Thätigkeit des genannten Genossen im Interesse der Partei die unglaubliche Dreistigkeit und Charakterlosigkeit hat, schlangweg zu behaupten: der genannte Genosse sei nie Sozialdemokrat gewesen und es sei schlimm, daß derselbe trotzdem von Sozialdemokraten in den Landtag gewählt worden sei!

Es dürfte wohl für keinen ehrlichen Sozialdemokraten eine Frage sein, wer ein besseres Mitglied unserer Partei ist: ein Mann, der ruhig und ohne von seinen Verdiensten ein großes Wesen und Geschrei zu machen, seine Parteipflicht in reichlichem Maße erfüllt; oder Jemand, dessen ganzes Streben darauf gerichtet ist, die besten Genossen auf's Insafteste zu verläumdern, durch unablässige Heberlein, Misirauen und Zwitterthat in unsere Reihen zu säen und die deutsche Partei systematisch zu beschimpfen und zu schädigen, und ein Blatt zu schreiben, das weit mehr der Bekämpfung der sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands, als der ihrer Feinde gewidmet ist!

Damit wollen wir dies widerliche Kapitel vorläufig schließen.

in Zürich, 17. Dezember. Das Sozialistengesetz, „diese wahrhaft gesetzgeberische Arbeit“ — wie Herr von Benningfen es nannte —, hat unter andern die schäbharste Eigenschaft, daß war das Publiz. w. sich über die Tragweite seiner Bestimmungen behändig im Unklaren befindet, die ausübenden Behörden aber — nicht minder. Ein drastisches Beispiel dafür liefert das Schicksal des „Jahrbuch für Sozialwissenschaft“. Der Verleger desselben, Herr Buchhändler Körber dahier, hatte sofort bei der verordnenden Behörde, der Regierung von Schwaben und Neuburg, reklamirt und von ihr unterm 8. September den Bescheid erhalten, daß es ihm „undenkbar bleibe, Beschwerde an die Reichskommission in Berlin zu führen“. Sofort wendete sich Herr K. an diese höchste, in Sachen des Sozialistengesetzes unfehlbare Behörde und erhielt von ihr unterm 4. Oktober ein Schreiben, daß es ihm „freistehet, binnen einer... Frist von acht Tagen die weitere schriftliche Begründung... an die Reichskommission einzureichen“. Diese weitere Begründung ging päntlich ab. Im Widerspruch aber mit dem Bescheid der Regierung von Schwaben und Neuburg und ihrer eigenen Verfügung schreibt dieselbe Reichskommission nun unterm 28. November an Herrn K., „daß die Beschwerde als unannehmbar zurückzuweisen sei“. § 13 bestimme nämlich, daß das Verbot einer Druckschrift dem Verleger, Herausgeber etc. mitzuthellen sei, sofern diese Personen im Inlande vorhanden sind, woraus sich ergebe, „daß eine Beschwerde nur diesen Personen zuzuführen“ — eine Auslegung, nach welcher jede beliebige Landespolizeibehörde ein im Auslande erscheinendes Werk auf Grund des Sozialistengesetzes verbieten und konfisziren kann, ohne daß der Verleger auch nur wachen darf. In der That, eine wahrhaft gesetzgeberische Arbeit, dieses Gesetz!

—as. Berlin, 16. Dez. Die sich voraussehen ließ, läßt die Polizei die „Schneidige Waffe“ des Belagerungsstandes auch nach ihrer Erneuerung nicht unthätig ruhen. Vergangenen Freitag sind wieder zwei Genossen, die Schneider Zimmath und Benzien ausgewiesen worden. Bekanntlich hat Graf Eulenburg mit großer Emphase versichert, daß es auch ihm „eine harte, scharfe Maßregel sei, Jemand auszuweisen aus dem Mittelpunkt des Lebens und seiner Familie, und daß eine solche Maßregel nur stattgefunden habe und nur stattfinden solle in dringenden und flagranten Fällen“. Es wäre nun sehr interessant zu erfahren, in welcher Weise denn bei den beiden genannten ein „dringender und flagranter Fall“ vorgelegen hat. Denn Zimmath und Benzien sind sehr ruhige Leute und weit entfernt, „Agitatoren“ zu sein. Die Wahrheit ist eben, daß die ganze heuchlerische Erklärung Eulenburg's eine große Lüge ist, wie die Regierung dem geduldeten Volk schon so unzählige mal eherner Steine gesagt und deren noch zahllose sagen wird. Das ganze Verbrechen der beiden ausgewiesenen Genossen ist eben, daß sie Sozialdemokraten sind, nicht schuldiger noch schuldloser als tausend andere auch. Wenn aber Eulenburg meint, daß die Ausweisung „das einzige Mittel sei, vor welchem die Verworfenen sich überhaupt scheuen“ und durch welches sie in Schranken gehalten werden können“ — dann ist er bedeutend auf dem Holzweg. Wenn er gesagt hätte, daß die Ausweisung mit ihren ruinirenden Wirkungen für die Einzelnen das beste Mittel sei, um die herrschende Erbitterung immer höher zu treiben und

